

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## II. Quartal 2008

Abgeschlossen am 3. Juni 2008. • E-Mail-Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Wegen der Verteuerung von Lebensmitteln brechen in Haiti und Ägypten Aufstände aus. Die internationalen Organisationen erkennen die Gefahr, die aus diesem Preisauftrieb droht. Hilfsmaßnahmen für die am meisten betroffenen Länder und Bevölkerungsschichten werden vorbereitet. Unklarheit herrscht über die Ursachen der Erdölpreishausschlag. – Nach der Ablehnung des EU-Reformvertrages durch Irland ist das Inkrafttreten des Vertrages wieder in Frage gestellt.

**9. April:** Die venezolanische Regierung setzt ihre Verstaatlichungspolitik fort. So sollen 60% der Zementindustrie verstaatlicht werden. Davon sind das mexikanische Unternehmen Cemex, das französische Unternehmen Lafarge und das Schweizer Unternehmen Holcim betroffen. Gleichzeitig ordnet der venezolanische Präsident Chavez die Verstaatlichung des größten Stahlkonzerns des Landes an (Ternium Sidor gehört mehrheitlich einer multinationalen Gruppe).

**11.-14. April:** Anlässlich ihrer Frühjahrstagung diskutieren Weltbank und IWF die bedrohliche Situation, die in den armen Ländern durch die Verteuerung von Nahrungsmitteln entsteht. Knappheit von Nahrungsmitteln und hohe Preise bedeuten für die wirtschaftliche und politische Stabilität eines Landes eine größere Gefahr als Krisen auf den Finanzmärkten. Das "Financial Stability Forum"<sup>1)</sup> legt in einem Bericht 65 Empfehlungen zur Verhütung künftiger Krisen vor. Die Verbesserung der Aufsichtsverfahren sowie Änderungen der Anreizsysteme sollen die Risiken des Finanzsystems verringern.

**30. April:** Die Notenbank der USA senkt die Federal Funds Rate um 25 Basispunkte auf 2%.

**25. April:** Die 12. Ministerkonferenz der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) fordert Sofortmaßnahmen, um weltweit die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten. In einer "Erklärung von Accra"<sup>2)</sup> werden Maßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder Afrikas gefordert.

**29. April:** Der IWF beschließt eine Quoten- und Stimmrechtsreform, die mit 92,9% der Stimmen angenommen wird. Die geringfügige Veränderung der Gewichtung der Stimmen und Quoten stellt vor allem die aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer besser.

**5.-6. Mai:** Hauptthema der 41. Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) sind die Verteuerung von Lebensmitteln im Zusammenhang mit der internationalen Finanzkrise und ihre Folgen für 1 Mrd. Menschen in Asien und im pazifischen Raum. Als Sofortmaßnahme wird den ärmsten Ländern eine Budgethilfe von

### Ausland

Venezuela:  
Verstaatlichungspolitik

Weltbank, IWF:  
Frühjahrstagung

USA: Leitzinssatzsenkung

UNCTAD: Ministerkonferenz

IWF: Quoten- und  
Stimmrechtsreform

Asiatische Entwicklungsbank:  
Jahrestagung

<sup>1)</sup> Report of the Financial Stability Forum on Enhancing Market and Institutional Resilience, Washington D.C., 7. April 2008, [http://www.fsforum.org/publications/r\\_0804.pdf](http://www.fsforum.org/publications/r_0804.pdf).

<sup>2)</sup> United Nations Conference on Trade and Development, Accra Accord, 20.-25. April 2008, [http://www.unctad.org/en/docs//tdxii\\_accra\\_accord\\_en.pdf](http://www.unctad.org/en/docs//tdxii_accra_accord_en.pdf).

500 Mio. \$ gewährt. Ab 2009 werden die Landwirtschaftskredite auf 2 Mrd. \$ verdoppelt. In ihrer "Strategie 2020"<sup>3)</sup> wird sich die ADB auf drei Ziele konzentrieren: Wirtschaftswachstum zugunsten aller, Wachstum ohne Umweltgefährdung und regionale Integration. Für die nächsten 4 Jahre werden dem asiatischen Entwicklungsfonds 11,3 Mrd. \$ zugesichert, die den ärmsten Regionen zugute kommen sollen. Sie dienen vor allem der Finanzierung von Infrastrukturprojekten. Die Bank kündigt einen "Klimawandelfonds" an, der mit 40 Mio. \$ dotiert werden soll. Am Rande der Konferenz beschließen 13 asiatische Länder einen weiteren Fonds zur Bekämpfung von regionalen Finanzkrisen im Ausmaß von 80 Mrd. \$. Hier stellen Japan, China und Südkorea 80% der Mittel zur Verfügung. Sie wollen damit größere Unabhängigkeit vom IWF bewirken.

Währungsunion: Slowakei

**7. Mai:** Die Europäische Kommission empfiehlt dem Europäischen Rat der Finanzminister die Aufnahme der Slowakei in die Währungsunion. Sollte der Rat diese Entscheidung im Juni bestätigen, dann könnte die Slowakei am 1. Jänner 2009 die gemeinsame Währung übernehmen. Die Slowakei wäre nach Slowenien, Malta und Zypern das vierte Land der EU-Erweiterung von 2004, das in die Währungsunion eintritt.

EU: Milchlieferboykott

**Ende Mai, Anfang Juni:** Um höhere Preise für ihre Milchlieferungen zu erzielen, stellen einige milcherzeugende Betriebe in Deutschland, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, der Schweiz und Österreich ihre Lieferungen an die Molkereien kurzfristig ein.

FAO: Ernährungsgipfel

**3.-5. Juni:** Delegierte aus 181 Ländern nehmen am Ernährungsgipfel der FAO teil. In einer gemeinsamen Schlusserklärung wird es als inakzeptabel bezeichnet, dass heute weltweit noch 862 Mio. Menschen unterernährt seien. Diese Zahl soll bis 2015 halbiert werden. Nahrungsmittel dürfen weder als politische noch als ökonomische Waffen eingesetzt werden. Unterschiedliche Auffassungen herrschen darüber, dass immer mehr Anbauflächen für Biokraftstoffe statt für die Nahrungsmittelproduktion verwendet werden. Es müsse jedoch sichergestellt werden, dass der Anbau von Biotreibstoffen und von Nahrungsmittel nicht in Wettbewerb stehen. Dennoch hält die EU an ihrem Ziel eines Anteils der Biotreibstoffe von 10% bis 2020 fest. Unterstützt von den USA und Brasilien wird in der Schlusserklärung festgehalten, dass die Produktion von Biotreibstoff nicht für den Hunger verantwortlich gemacht werden kann. Um jenen Ländern, die von der Welternährungskrise besonders betroffen sind, in der nächsten Anbauperiode finanzielle Hilfe zu gewähren, stellen folgende Länder und Institutionen Geld zur Verfügung: die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) 1 Mrd. \$, Frankreich 1,5 Mrd. \$ (über 5 Jahre), Japan 150 Mio. \$, International Fund for Agricultural Development (IFAD) 200 Mio. \$, Islamic Development Bank 1,5 Mrd. \$ (über 5 Jahre), Kuwait 100 Mio. \$, die Niederlande 75 Mio. \$, Neuseeland 5,5 Mio. \$, Spanien 773 Mio. \$ (über 4 Jahre), UN Central Emergency Response Fund 100 Mio. \$, Großbritannien 590 Mio. \$, die USA 5 Mrd. \$ (2008/09), Venezuela 100 Mio. \$ und die Weltbank 1,2 Mrd. \$.

Europäischer Rat:  
Arbeitszeitrichtlinie

**9. Juni:** Der Europäische Rat der Arbeitsminister schlagen eine Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit unter besonderen Bedingungen vor, wobei die derzeit geltende Obergrenze von 48 Wochenstunden beibehalten werden soll. Sozialpartner können jedoch Abweichungen bis zu 60 bzw. 65 Wochenstunden vereinbaren, wenn über einen Durchrechnungszeitraum von drei Monaten eine Wochenarbeitszeit von 48 Stunden nicht überschritten wird. Künftig soll zwischen "nichtaktiver Bereitschaft" und "aktiver Bereitschaft" unterschieden werden, die nichtaktive Bereitschaft wird nicht in die Arbeitszeit eingerechnet. Bei aktiver Bereitschaft ist eine Wochenarbeitszeit von bis zu 65 Stunden möglich. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Jahr 2004 wurden die Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit gewertet.

Irland: EU-Reformvertrag

**13. Juni:** 53,4% der Bevölkerung Irlands lehnen in einem Referendum den EU-Reformvertrag von Lissabon ab. Die Wahlbeteiligung liegt bei 53,1%.

<sup>3)</sup> Asian Development Bank, Strategy 2020, ort, 2008, <http://www.adb.org/documents/Policies/Strategy2020/Strategy2020-print.pdf>.

**19.-20. Juni:** Der Europäische Rat tagt in Brüssel. Um die hohen Rohölpreise und Nahrungsmittelpreise einzudämmen, werden folgende Beschlüsse angestrebt:

- Das Nahrungsmittelhilfsprogramm für die ärmsten Schichten der EU-Bevölkerung soll von 300 Mio. € auf 500 Mio. € aufgestockt werden.
- Für landwirtschaftliche Projekte in Entwicklungsländern soll aus den ungenutzten Geldern des EU-Agrarhaushaltes ein Finanzierungsfonds im Ausmaß von 0,5 bis 1 Mrd. € für die Jahre 2008 und 2009 geschaffen werden.
- Weiters wird ein Paket von Notmaßnahmen für die Fischerei in der EU ausgearbeitet.
- Steueranreize für den Kauf energiesparender Produkte und Dienstleistungen werden überprüft.
- Die kommerziellen Erdölreserven sollen transparent gemacht werden.

Grundsätzlich sollen jedoch wettbewerbsverzerrende Politikmaßnahmen vermieden werden, da diese die Anpassung der Wirtschaftsteilnehmer beeinträchtigen.

**22. Juni:** In einer gemeinsamen Abschlusserklärung zum Krisengipfel in Dschidda rufen die erdölproduzierenden Länder und die Verbraucherländer zur Stabilisierung des Energiemarktes, zu vermehrten Investitionen in den Energiesektor, zur Ausweitung der Raffineriekapazitäten und zur Durchleuchtung der auf dem Rohölmarkt tätigen Investitionsfonds auf.

**24. Juni:** In einem gemeinsamen Kommuniqué anlässlich des "Energie-Dialoges" von OPEC und EU-Vertretern betonen beide Seiten das gegenseitige Interesse an einem stabilen, transparenten und berechenbaren Rohölmarkt. Eine gemeinsame Studie soll die Auswirkungen der Entwicklungen auf den Finanzmärkten auf die Rohölpreise und deren Volatilität untersuchen. Die OPEC versichert, dass auf dem Rohölmarkt keine Knappheit herrscht, andere Faktoren seien für den hohen Rohölpreis bestimmend.

Wegen der starken Verteuerung von Treibstoffen wird das Pendlerpauschale erhöht. Diese Maßnahme wird die öffentlichen Haushalte jährlich mit 60 Mio. € belasten. Zur Vorbereitung der Steuerreform 2010 nimmt eine Steuerreformkommission die Arbeit auf.

**21. April:** Die Steuerreformkommission nimmt ihre Arbeit auf. Ihre Mitglieder sind Finanzminister Wilhelm Molterer, Staatssekretär Christoph Matznetter, Claus Raidl (Böhler-Uddeholm), der frühere Finanzminister Ferdinand Lacina, die Wirtschaftsforscher Karl Aiginger (WIFO) und Bernhard Felderer (IHS) sowie Peter Quantschnigg und Wolfgang Nolz (Finanzministerium). Die Kommission soll bis Oktober ein Konzept erarbeiten, damit die Steuerreform 2010 in Kraft treten kann. Ziel ist es, die Steuerpflichtigen um 2,7 Mrd. € pro Jahr zu entlasten.

**23. Mai:** Der Investor Al Jaber tritt vom Kauf eines Anteils von 20% an den Aktien der AUA zurück<sup>4)</sup>.

**28. Mai:** Um dem hohen Anstieg der Treibstoffpreise entgegen zu wirken, beschließt die österreichische Bundesregierung mit 1. Juli eine Erhöhung des Pendlerpauschales und des Kilometergeldes um 15%. Das kleine Pendlerpauschale – ein Steuerfreibetrag für den Weg vom Arbeitsplatz zum Wohnort – ab einer Strecke von 20 km wird von 45,5 € auf 52,5 € pro Monat angehoben, ab einer Strecke von 40 km von 90 € auf 103,5 €, ab einer Strecke von 60 km von 134,5 € auf 154,75 €. Das große Pendlerpauschale für Beschäftigte, die keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können, wird ab einer Strecke von 2 km von 24,75 € auf 28,5 € pro Monat erhöht, ab einer Strecke von 20 km von 98,25 € auf 113 €, ab einer Strecke von 40 km von 171 € auf 196,75 €, ab einer Strecke von 60 km von 244,25 € auf 281 €. Die Maßnahmen werden das Steueraufkommen jährlich um 60 Mio. € verringern.

Europäischer Rat

Krisengipfel Dschidda

OPEC, EU: Energie-Dialog

## Österreich

Steuerreformkommission

AUA

Pendlerpauschale

<sup>4)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2008", WIFO-Monatsberichte, 2008, 81 (4), S. 253, [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31962&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=31962&typeid=8&display_mode=2).

Das amtliche Kilometergeld beträgt ab 1. Juli bis 31. Dezember 2009 für Pkw und Kombis 0,42 €, für Motorfahräder und Motorräder mit einem Hubraum bis 250 cm<sup>3</sup> 0,14 € und für Motorräder mit einem Hubraum über 250 cm<sup>3</sup> 0,24 €. Je mitbeförderte Person gebühren zudem 0,05 € je Kilometer.